



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau fordert humane Flüchtlingspolitik

**Ja zu Familiennachzug, Seenotrettung und Aufnahmeprogrammen
Nein zu Abschiebungen nach Afghanistan**

Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau hat am Donnerstag (29. November) ihre Position für eine menschlichere Flüchtlingspolitik bekräftigt. Einstimmig verabschiedeten die 140 Delegierten auf der in Frankfurt am Main tagenden Kirchensynode ein Positionspapier, das unter anderem die bisherige Verhinderung der Familienzusammenführung scharf kritisiert.

So müsse das „verbriefte Recht“ für den Nachzug von Familienangehörigen für alle international Schutzberechtigten gelten, heißt es in dem Synodenwort. Die Aussetzung des Anspruchs auf Familiennachzug für subsidiär Geschützte habe zu belastenden Trennungszeiten geführt. Auch die Neuregelung in diesem Jahr habe in der Praxis nicht für Abhilfe gesorgt. Gerade für Menschen auf der Flucht sei das Zusammensein der Familie elementar und ein „wesentlicher Faktor der Integration“. Entsprechend fordert die EKHN-Synode die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Ausländerbehörden auf, den Familiennachzug für alle Schutzberechtigten mit Vorrang zu ermöglichen und die dafür notwendigen Kapazitäten bereit zu stellen.

Integrationsförderung und Sponsorengewinnung

Kritisch sieht die Synode auch den zunehmenden Druck auf Geflüchtete bereits während noch laufender Asylverfahren, in das Herkunftsland zurückzugehen. Stattdessen sollten Integrationsprojekte besser gefördert und weniger Druck zur Ausreise gemacht werden. „Wer will, dass sich Flüchtlinge integrieren, muss ihnen vermitteln, dass sie gewollt sind“, so die Synode. „Eine Rückkehr, die freiwillig ist, wo Menschen also wählen können, ob sie gehen oder bleiben wollen, unterstützen wir“, heißt es weiter. Zugleich begrüße die Synode eine Ausweitung der Flüchtlingsaufnahmeprogramme (Resettlement) der Bundesregierung einschließlich der Planungen für ein Pilotprojekt für ein Sponsorenprogramm. Damit könne Flüchtlingen ein sicherer und regulärer Weg zum Schutz eröffnet werden. In ihrem Papier bittet die Synode Kirchengemeinden und Dekanate auch darum zu prüfen, wie sie sich als Sponsoren beteiligen oder Sponsoren gewinnen können.

Keine Abschiebungen nach Afghanistan

Darüber hinaus fordert die Synode, dass angesichts der „katastrophalen Lage“ in Afghanistan keine Menschen mehr in das Land abgeschoben werden. Zudem müsse die Seenotrettung im Mittelmeer wieder ermöglicht werden. Die Synode fordert in ihrem Papier erneut „die Einrichtung einer effektiven zivilen europäischen Seenotrettung, die Schaffung sicherer Wege und großzügige humanitäre Aufnahmeprogramme für Flüchtlinge sowie die Gewährleistung des Zugangs Schutzsuchender zum individuellen Recht auf Asyl in Europa“. Zudem sollten die Bundesländer künftig unabhängige Flüchtlingsberatungsstellen stärker finanzieren.

Hilfspaket über 20 Millionen Euro bis 2025

Über 20 Millionen Euro hat die hessen-nassauische Kirche seit 2014 für die Flüchtlingshilfe bereitgestellt; wie aus dem auf der Synode vorgestellten Bericht zum Stand der Arbeit mit Geflüchteten hervorgeht. Dazu gehören unter anderem fast 300 Projekte, die aus einem speziellen Fonds mit einem Volumen von 1,3 Millionen Euro gefördert werden. Darun-

ter waren Projekte zur Unterstützung einer Willkommens- und Aufnahmekultur in Gemeinden und Dekanaten vor Ort, aber auch der Aufbau von Begegnungscafés oder die Förderung von Fortbildungsreihen. Hinzu kommen beispielsweise Mittel für die hessenweite unabhängige Flüchtlingsberatung mit rund 7 Millionen Euro oder rund 2,2 Millionen Euro für die professionelle Koordination und Fachberatung der Arbeit. Über fünf Millionen Euro sind bis 2020 außerdem für die Flüchtlingsarbeit in den Kindertagesstätten der EKHN veranschlagt. Dazu gehören etwa zusätzliche Stellenanteile für die Förderung von Kindern Geflüchteter.

Provozierende Postkartenaktion zu Weihnachten

Am Rand der Synodentagung in Frankfurt wurde am Donnerstag auch eine **Postkartenaktion** vorgestellt, die das Schicksal Geflüchteter besonders in den Blick nimmt. Mit einer gemeinsamen Initiative wollen die Diakonie Hessen, die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau sowie die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck zum diesjährigen Advent erneut auf bildhafte Weise dazu ihren Standpunkt klarstellen: „Familien gehören zusammen!“ In ähnlicher Form gab es die Aktion bereits 2017, die wegen des anhaltenden Interesses neu aufgelegt wurde. Im Zentrum der Initiative steht eine gegenüber dem vergangenen Jahr überarbeitete Postkartenserie mit fünf besonderen Weihnachtsmotiven. Sie zeigen jeweils traditionelle Krippenbilder, bei denen einzelne Figuren der „Heiligen Familie“ symbolhaft durch einen Vorhang aus Paragraphen getrennt sind. Dies soll zum Nachdenken über das Thema Familiennachzug anregen. Daneben findet sich ein erläuternder Text, der auf die dramatische Situation vieler Geflüchteter hinweist, die teilweise über Jahre hinweg von ihren Angehörigen getrennt bleiben müssen. Kirche und Diakonie fordern mit der Aktion „Familien gehören zusammen!“, dass allen Schutzberechtigten erlaubt wird, ihre Angehörigen nachzuholen. Zudem soll die Familienzusammenführung beschleunigt und in anderen europäischen Ländern gestrandeten Familienmitgliedern die Einreise zeitnah ermöglicht werden. Der Schutz der Familie sei ein Grundrecht und gelte auch für Geflüchtete, heißt es auf den Postkarten. Die fünf erhältlichen Motive sind zu Sets gebündelt und kostenlos bestellbar per Mail unter info@ekhn.de

Quelle: Homepage der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

URL: <https://www.ekhn.de/aktuell/detailmagazin/news/evangelische-kirche-fordert-menschenwuerdigen-familiennachzug.html>